

Pfarrervertretung lehnt das neue EKD-weite Pfarrerdienstrecht ab

vom 26.05.2010

Die EKD plant, ein einheitliches Pfarrerdienstrecht zu schaffen, das in allen Landeskirchen gelten soll. Dem derzeitigen Entwurf dieses neuen Pfarrerdienstgesetzes vom 18.08.2009 steht die Pfarrervertretung der Württembergischen Landeskirche sehr kritisch gegenüber. In einer ausführlichen Stellungnahme lehnt sie den bisherigen Gesetzesentwurf ab.

Zum einen ist die Ablehnung der PfV darin begründet, dass der Entwurf des Pfarrerdienstgesetzes der EKD die guten Regelungen des württembergischen Pfarrergesetzes nicht berücksichtigt. Die Pfarrervertretung fordert daher, dass im Falle der Übernahme des EKD-Gesetzes diese zumindest durch Öffnungsklauseln bewahrt bleiben.

Grund für die Ablehnung ist zum anderen, dass es noch nicht absehbar ist, wie die Öffnungsklauseln innerhalb der württembergischen Landeskirche zum Tragen kommen. Denn ein entsprechendes Ausführungsgesetz liegt der PfV bisher nicht vor.

Ziel des neuen Gesetzes ist es, dass Pfarrerinnen und Pfarrer zwischen den Landeskirchen wechseln können und dass sich die Personalpolitik innerhalb der Landeskirchen flexibler gestalten lässt.

Der Zeitplan sieht vor, dass der Gesetzesentwurf im Herbst 2010 der EKD-Synode zur Abstimmung vorgelegt werden soll. In wieweit die Stellungnahmen der einzelnen Landeskirchen bis dahin noch eingearbeitet werden, ist offen. Im Frühjahr 2011 müsste das neue Pfarrerdienstgesetz dann innerhalb der Landeskirchen beschlossen und somit auch den württembergischen Synodalen zur Abstimmung vorgelegt werden.

Die gravierendsten Veränderungen

Das neue EKD-Pfarrerdienstrecht wird das bisher bestehende württembergische Pfarrerdienstrecht komplett ersetzen. Damit hat die Landessynode in Zukunft kein Mitspracherecht mehr bei Gesetzesänderungen, die das Pfarrerdienstrecht betreffen. Zuständig wird ausschließlich die EKD-Synode sein. Ausgenommen vom neuen Gesetz bleiben alle Besoldungsfragen.

Die schwerwiegendsten Veränderungen, die Pfarrerinnen und Pfarrer betreffen, sind:

1. Familiäre Veränderungen wie Geburt oder Krankheit von Familienangehörigen unterliegen der Anzeigepflicht beim Dienstherrn. Sie können deswegen in direkten Bezug zur Leistungsfähigkeit der Pfarrerin bzw. des Pfarrers gesetzt werden und mit möglichen dienstrechtlichen Konsequenzen muss gerechnet werden.
2. Die grundsätzliche Unversetzbarkeit im Pfarramt wird stark beschnitten, indem besondere kirchliche Interessen für eine Versetzung geltend gemacht werden können.
3. Bei einer „nachhaltigen Störung“ kann der Pfarrer/die Pfarrerin versetzt werden. Dies muss kein schuldhaftes Verhalten des Pfarrers bedeuten.
4. Nach 10 Jahren ist automatisch eine Versetzung vorgesehen. Diese Frist schränkt die Unabhängigkeit der Verkündigung und der Gemeinden stark ein.
5. Bei allen Formen der Versetzung fehlt die Einschaltung der Pfarrervertretung oder eines entsprechenden Organs.

6. Die Unabhängigkeit der Verkündigung wird zwar mehrmals betont, diese wird aber praktisch außer Kraft gesetzt, indem es aus vielerlei Gründen möglich ist, in den Wartestand versetzt zu werden.
7. Pfarrerinnen und Pfarrer verlieren bei der Versetzung in den Wartestand leicht den Anspruch auf amtsangemessene Beschäftigung und einen vollen Dienstauftrag.
8. Die Dauer des Wartestandes endet nach 2 Jahre. Danach folgt der Übergang in den Ruhestand. Diese Frist ist sehr kurz, z.B. um sich auf eine neue Stelle zu bewerben.
9. Bei jeder Einleitung eines Disziplinarverfahrens wird der oder die Betreffende automatisch in den Wartestand versetzt. Diese Verknüpfung von Disziplinarverfahren und Wartestand ist höchst problematisch.
10. Die in Württemberg erzielten Regelungen mit außerordentlicher Visitation, beweglichen Stellen, Übergangsdienstauftrag wurden im Entwurf nicht einmal ansatzweise aufgenommen.
11. Die Frist bei Dienstunfähigkeit, die in den Ruhestand führt, wurde gegenüber dem Württembergischen Pfarrergesetz gekürzt. Bereits drei Monate Dienstunfähigkeit innerhalb eines halben Jahres genügen, um in den Ruhestand versetzt zu werden, (wenn innerhalb der folgenden sechs Monate keine Aussicht auf Besserung besteht). In Württemberg gilt bisher, dass erst nach zwölf Monaten Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt wird.
12. Verfahrensregelungen fehlen im Gesetzesentwurf fast komplett. Damit wird im Zweifelsfall dem Dienstherrn ein größerer Spielraum zugebilligt.
13. Es bleibt offen, welches Gericht zuständig ist und es fehlt eine zweite Instanz, damit einheitliche Rechtsprechung möglich wird.

Folgen des neuen Pfarrerdienstrechtes

Das neue Pfarrerdienstrecht funktionalisiert **Pfarrerinnen und Pfarrer**, um sie einfacher und flexibler innerhalb und außerhalb der einzelnen Landeskirchen einzusetzen zu können. Status- und Einspruchsrechte der Pfarrerinnen und Pfarrer werden gravierend beschnitten. Die reformatorische Freiheit des Berufs – festgehalten in der Confessio Augustana – wird in dem hier formulierten Entwurf stark eingeschränkt.

Der Entwurf lässt keinerlei theologische Begründung für ein **kirchliches Selbstverständnis** erkennen, das die so weitreichenden Abweichungen vom öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis rechtfertigt. Außerdem enthält das Gesetz keine Selbstbindung der Kirche an rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Die **kirchliche Verwaltung** wird im Personalbereich gestärkt, indem die Personalverwaltung der Pfarrerinnen und Pfarrern vereinheitlicht und somit vereinfacht wird. Die fehlende Verpflichtung zum professionellen Konfliktmanagement führt im Konfliktfall zu schnelleren Handlungsmöglichkeiten der kirchlichen Verwaltung und Vernachlässigung der Rechte und persönlichen Belange der Pfarrerin bzw. des Pfarrers.

Die **landeskirchlichen Interessen und Ziele** werden den Interessen der EKD untergeordnet, wobei dadurch weder die Vergleichbarkeit der Arbeitsbedingungen für Pfarrerinnen und Pfarrer bzw. ein einfacherer Wechsel zwischen den Landeskirchen gewährleistet ist, noch die speziellen Errungenschaften der Landeskirchen und deren Gremien vor Ort in den Blick kommen.

Der Entwurf bedeutet im Vergleich zum Pfarrerdienstrecht der Württembergischen Landeskirche einen **Rückschritt**. Gut eingeführte und

erprobte Möglichkeiten zu Konfliktlösungen und Mitbestimmungen, die im Württembergischen Pfarrergesetz Bestand haben (z.B. bewegliche Pfarrstellen), sind im Entwurf nicht aufgenommen. Im Falle einer Übernahme des Pfarrerdienstgesetzes der EKD durch die Württembergische Landeskirche müssen diese durch Öffnungsklauseln bewahrt bleiben.

Die **Gemeinden** verlieren autonome und wichtige Mitbestimmungsmöglichkeiten bei anstehenden Personalentscheidungen, indem für den Stellenwechsel Fristen vorgegeben werden.

Gemeinden bekommen durch die Verwaltung ein mächtiges unpersonifiziertes Gegenüber, das durch Festsetzungen von Versetzungen über die Gemeindeleitung hinweg entscheidet.

FAZIT

Die Pfarrervertretung in Württemberg lehnt den Entwurf für das Pfarrerdienstgesetz der EKD in seiner jetzigen Form aus zwei Gründen ab: Erstens aus pastoraltheologischen Bedenken und zweitens aufgrund juristischer Überlegungen.

1. Pastoraltheologisch bedenklich ist es, dass auf Kosten der Pfarrerinnen und Pfarrer dem Dienstherrn beim Einsatz von Pfarrerinnen und Pfarrern und bei der Beendigung ihres Dienstverhältnisses größere Flexibilität eingeräumt wird. Es fehlen generell klare Regelungen, die insbesondere in Konfliktfällen wichtig wären - sowohl hinsichtlich der Fürsorgepflicht, als auch um Transparenz zu schaffen.

2. Das Pfarrerdienstgesetz der EKD berücksichtigt die guten Regelungen des württembergischen Pfarrergesetzes nicht. Die Pfarrervertretung fordert,

die in Württemberg erzielten Regelungen einzubringen und im Entwurf aufzunehmen. Sollte dies nicht gelingen, ist mittels Öffnungsklauseln darauf zu achten, dass zumindest die bisherigen Regelungen des Württembergischen Pfarrergesetzes für Württemberg beibehalten werden.

(Die ausführliche Stellungnahme zum vorläufigen Entwurf des Pfarrerdienstrecht der EKD können Sie bei unserer Geschäftsstelle bekommen. Siehe www.pfarrervertretung-wuerttemberg.de)

Johannes Unz